

Das Pillnitzer Eintrittsgeld ist unrecht und billig

Von Peter Ufer

Unter dem Titel Perspektiven veröffentlicht die Sächsische Zeitung kontroverse Essays, Analysen und Interviews zu aktuellen Themen. Texte, die aus der ganz persönlichen Sicht der Autoren und Gesprächspartner Denkanstöße geben, zur Diskussion anregen sollen. Heute: Warum es falsch ist, für den Park in Pillnitz Eintrittsgeld zu verlangen. Der Akt ignoriert die Initiativen der Bürger und die historische Tradition. Hier wird sächsisches Kulturverständnis verletzt. Hilfe für den Park muss dennoch organisiert werden.

Der Pillnitzer Park leidet. Ein unhaltbarer Zustand. Die Rettung soll nun ab April ein Eintrittsgeld bringen, das den Wert des Kulturgutes beleidigt. Mehrfach.

Für zwei Euro kann man mit Glück sein Auto eine Stunde in einer Tiefgarage parken. Was für einen Stellplatz teuer scheint, ist für Pillnitz viel zu billig. Der Preis ist nur die Einstiegsdroge, um ihn durchsetzen zu können. Der Park aber ist Kulturgut mit jahrhundertealter Gartenkunst und aus Tradition für alle frei. Deshalb ist die größte Beleidigung, das Eintrittsgeld überhaupt einzuführen.

Die Finanzverwaltung des Freistaates mischt sich in die inneren Angelegenheiten der Sachsen ein. Und das, ohne ihre Interessen, ohne ihre Bereitschaft, etwas für ihr Kulturgut zu tun, zu erbitten, geschweige denn abzufragen. 2004 startete der Freistaat den ersten Versuch, das Eintrittsgeld einzuführen. Er scheiterte am Widerstand der Dresdner. Als 2007 der Vorgänger des jetzigen Finanzministers erneut Anlauf nahm, gab es Widerstand, und zugleich entwickelte eine Bürgerinitiative in Pillnitz mit der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten Sachsen Ideen, wie auf intelligente Weise Geld in die notleidende Haushaltskasse eingespielt werden kann. Für den Erhalt und die Pflege des Schlossparks fehlen 500.000 Euro pro Jahr, sagt die Verwaltung.

300.000 Euro für Kassenhaus

Die Bürger wollen eine schlaue Lösung, kein billiges Eintrittsgeld, was im Übrigen gar nicht billig ist. Denn laut der Sprecherin der Schlösserverwaltung müssen vorab immerhin 300.000 Euro investiert werden, um Kassenhäuschen, Drehkreuze, Zäune oder Ketten aufzubauen. Dieses Geld scheint offensichtlich vorhanden zu sein.

Absperrung zerschneidet "Gesamtkunstwerk"

Abgesehen davon, dass mit der Absperrung der Ortsteil – das Gesamtkunstwerk Pillnitz sozusagen – zerschnitten wird, stellt sich eine weitere kulturhistorische Frage. Die Freiheit, in dem Park eintrittsfrei spazieren zu gehen, beruht darauf, dass schon die sächsischen Könige dies ihren Untertanen erlaubten. Den Wettinern gehörte die Anlage seit 1694 bis zur Fürstenabfindung im Jahre 1924. Die Fürsten und Könige erweiterten das Anwesen mit der Zeit immer mehr und nahmen sich dafür das Land der dort ansässigen Bauern. Da ließe sich nachträglich streiten, wem das Land gehört. Tut keiner, aber der freie Eintritt hatte seinen Grund. Seit der Schlosspark an den sächsischen Staat fiel, im Übrigen nicht durch eine Verwaltungsreform, sondern durch die Revolution der Bürger 1918, erhob Sachsen nie ein Eintrittsgeld. Auch nicht unter der Nazidiktatur. Zu DDR-Zeiten verwaltete die Stadt Dresden die Anlage und schaffte es, trotz massiver Finanznöte, das Kulturgut zu erhalten. Ohne Eintrittsgeld. Nach 1990 ging der Besitz wieder an den Freistaat Sachsen, der viel investierte, um Schloss und Park zu restaurieren. 20 Jahre ohne Eintrittsgeld. Respekt. Juristisch betrachtet könnte man hier von einem Jahrhunderte währenden Gewohnheitsrecht sprechen. Dies durch einen Verwaltungsakt abzuschaffen, trifft zudem mitten in die Gefühlswelt der Menschen, die zu respektieren ist.

Auf dieser Historie beruht unter anderem das Verständnis vieler Sachsen, insbesondere der Dresdner, dass eben dieser Park Allgemeingut darstellt, eine Art Bürgerpark ist. Und genau deshalb sind sie mit Leidenschaft für ihn da. Aber leider sind viele der Ideen, die die Bürger in den vergangenen Jahren entwickelt haben, vom Staat ignoriert worden. Das beleidigt und gibt das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden.

Die Vorschläge reichen von der Gründung einer Stiftung über freiwillige Spenden bis hin zu höheren Parkgebühren für Reisebusse, für die es aber bisher in Pillnitz gar keinen richtigen Parkplatz gibt. Vielleicht könnten Busse, besonders an Wochenenden, auf den Stellplätzen der benachbarten Landesbehörden parken, wo ja sonn- und feiertags nicht gearbeitet wird, aber das ist auch so ein Vorschlag, der einfach ignoriert wird.

Das Pillnitzer Eintrittsgeld berührt aber nicht nur wegen kleiner Beleidigungen die Gemüter, sondern weil es eine grundsätzliche Debatte anstößt. Der Freistaat Sachsen zieht sich aus seiner kulturellen Verantwortung immer mehr zurück. Ohne jeden Zweifel wurde in den vergangenen Jahren enorm viel in Kulturbauten investiert, aber bei den dann entstehenden laufenden Kosten wird gespart. Der Grund liegt auf der Hand: Kultur ist in der Finanzstruktur des Freistaates eine freiwillige Aufgabe, und dort kann, im Gegensatz zu Pflichtaufgaben, gekürzt werden.

279 Millionen für Landesbank

Gekürzt wird unter anderem, weil der Finanzbedarf steigt und die Einnahmen in den Zeiten der Krise sinken. Der Finanzbedarf steigt aber unter anderem deshalb, weil Sachsen inzwischen beispielsweise 279 Millionen Euro für in Irland gescheiterte Finanzgeschäfte im Auftrag der Landesbank aufbringen musste. Weitere mindestens 100 Millionen Euro werden noch in diesem Jahr fällig.

Die Frage nach den Relationen

Der Einwand, der hier sofort laut wird, heißt, man könne die Finanzierung eines Schlossparks nicht mit der Pleite der einstigen Landesbank vergleichen. Stimmt. Aber der Vergleich zeigt Relationen auf. Wenn jetzt der Landtagspräsident höhere Zuschüsse für die Porzellan-Manufaktur Meissen fordert, weil die nach wie vor in den roten Zahlen steckt, so stellt sich wieder die Frage der Relationen. Der Freistaat hat Geld, es kommt nur darauf an, wofür er es ausgibt.

Wer politisch auf kulturelle Tradition und damit Zukunft setzt, anstatt Orchester und Theater zu fusionieren, der hat auch Verständnis für den dringenden Finanzbedarf eines Schlossparks. Und dann sind Bürger auch bereit, zu spenden, den Park zu unterstützen. Das würden übrigens sofort viele Dresdner tun. Die Ilse-Bähnert-Stiftung zur Förderung sächsischer Kultur und Sprache, deren Mitglied ich bin, spendet beispielsweise spontan 1000 Euro. Allerdings sollte das gespendete Geld nicht an das sächsische Finanzministerium, sondern direkt an die Mitarbeiter des Schlossparks gehen, wo es die Gärtner wirklich für den Erhalt der Pflanzen nutzen. Denn es gibt eine weitere Entwicklung, die zu überdenken ist. Seit 1993 die sächsische Schlösserverwaltung in Dresden mit 15 Mitarbeitern gegründet wurde, wuchs ihr Personal auf jetzt 35 Mitarbeiter. In den Burgen und Schlössern sank dagegen die Mitarbeiterzahl. 2007 stoppte das Land die Entwicklung der einzelnen Schlösser und Burgen zu Eigenbetrieben. Man sollte prüfen, ob eine zentrale Verwaltung die Eigeninitiative und Motivation mehr hemmt als fördert. Zentralismus hat bekanntlich seine Grenzen, das wissen viele Sachsen und erinnern sich nur ungern an Kombinate.

Wendemannöver bei der FDP

Und noch etwas: Gelegentlich denken FDP-Mitglieder darüber nach, warum ihr Zuspruch sinkt. Ein Grund ist ohne Zweifel, dass sie von der Oppositionsbank gegen das Pillnitzer Eintrittsgeld wetterten und jetzt in sächsischer Regierungsverantwortung dafür sind.

Ganz abgesehen davon wurde eine weitere wichtige Chance in der Vergangenheit verspielt. Der Pillnitzer Schlosspark gehörte einst zum Unesco-Welterbe Dresdner Elbtal. Der Titel wurde der Stadt aberkannt. Damit ist es fürs Land auch leichter, sich aus der moralischen Verantwortung zu stehlen.

So bringt ein kleines Eintrittsgeld plötzlich vieles zum Vorschein, was Sachsen bewegt. Es einzuführen wäre ein weiterer Schritt, Tradition, Engagement und Zuversicht zu verletzen. Ohne jeden Zweifel benötigt der Park Hilfe. Ihn einzuzäunen, ist nur der bequeme Weg einer Verwaltung, die ausschließlich in Zahlen denkt.

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2966918>